

Bund soll für Hochwasserschutz zuständig sein

SPD-Fraktionsvize Kelber fordert Korrektur der Föderalismusreform / Lage in Flussgebieten bleibt angespannt

Jörg Michel

BERLIN. Vor dem Hintergrund der Rekord-Pegelstände an der Elbe hat die SPD die alleinige Kompetenz des Bundes beim Hochwasserschutz gefordert. "Fluten machen an Ländergrenzen nicht halt. Das muss der Bund in die Hände nehmen", sagte der stellvertretende Fraktionschef der SPD, Ulrich Kelber, der Berliner Zeitung. Er forderte, die geplante Reform des Föderalismus noch einmal zu ändern. Bisher will die große Koalition den Ländern beim Hochwasserschutz umfangreiche Freiheiten gegenüber dem Bundesrecht einräumen.

"Die Flut zeigt wieder einmal, wie schädlich ein zersplittertes Umweltrecht ist", so Kelber. So sei es beispielsweise nicht sinnvoll, dass einzelne Anrainer-Länder der Elbe bei der Höhe von Deichen oder der Handhabung von Überflutungsflächen unterschiedliche Standards hätten. "Ich fordere die Ministerpräsidenten der CDU dringend auf, jetzt an den Verhandlungstisch zurückzukehren", sagte Kelber. Er nannte es "unehrlich und höchst peinlich", dass der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) angesichts des Hochwassers nun einen Vertrag der Länder zum besseren Hochwasserschutz fordere. "Herr Wulff sollte lieber seine Blockade bei der Föderalismusreform aufgeben", so Kelber.

Wulff hatte zuvor vorgeschlagen, die einzelnen Länder sollten einen Staatsvertrag zum abgestimmten Fluten von Rückhalteflächen abschließen. Dadurch könne verhindert werden, dass auf einmal viel Wasser die Elbe abwärts fließe. Sein Land sei von dieser Flut stärker betroffen als beim Jahrhunderthochwasser 2002, weil in den Ländern flussaufwärts die Deiche verstärkt worden seien und dort kein Wasser mehr zurückgehalten werde.

Umweltschützer kritisieren die unterschiedliche Handhabung der Hochwasservorsorge durch die Länder schon lange. Sie hatten bei der Föderalismusreform deswegen auf eine einheitliche Zuständigkeit des Bundes gehofft. Wegen des Widerstands der Ministerpräsidenten wurde dies jedoch nicht berücksichtigt. Im Mai wollen Bund und Länder noch einmal über die Kompetenzverteilung sprechen.

Derweil gibt es in den Hochwassergebieten trotz stagnierender oder sogar sinkender Pegelstände noch keine Entwarnung. Zwar stieg das Wasser an vielen Orten erstmals nicht weiter an. In der überfluteten Altstadt im niedersächsischen Hitzacker gingen die Pegelstände sogar leicht zurück. Gleichwohl gingen die Krisenstäbe der betroffenen Bundesländer davon aus, dass der Elbstrom nur langsam abschwilt und die durchnässten Deiche weiter unter Druck setzt. "Bei Hitzacker ist der Scheitel durch", sagte ein Sprecher. Dennoch werde die historische Altstadt Hitzackers voraussichtlich noch tagelang überflutet bleiben.



Klicken Sie hier und testen Sie die Berliner Zeitung 4 Wochen lang. Sie sparen mehr als 40 %.

<http://www.BerlinOnline.de/berliner-zeitung/politik/541662.html>

www.BerlinOnline.de © 2006 BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, 11.04.2006